

Ausgelagerte Arbeitsphase zu B1

1. Planung einer problemorientierten und kontroversen Unterrichtsstunde

- Thema: Verfassungsrichter:innen nach Dinner mit Merkel – urteilen im Namen des Volkes oder der Regierung?
- Problem/Gegenstand: Kontroverse um das gemeinsame Abendessen von Bundesverfassungsrichter:innen mit der Bundesregierung 2021
- Sachurteilskategorien (hier innerkategoriales Spannungsfeld): (Il-)Legitimität des Abendessens bzw. der anschließenden Weiterführung des Richter:innenamts
 - Leitkriterium (hier vorhanden): Begriff der Befangenheit
 - Kriterien „pro Befangenheit“ und zugehörige Argumente aus dem Material:
 - Ausschluss der Öffentlichkeit (privater Charakter, gesellige Form des Treffens)
 - Gesprächsthemen (Coronapolitik als zentrales Thema des Abends sowie künftig zu entscheidender Gerichtsverfahren, AfD-Klage als mögliches Thema)
 - Rollenkonflikt (BVerfG-Präsident früher CDU-MdB)
 - Störungspotenzial („böser Schein“ genügt für Befangenheit, Zweifel an der objektiven Arbeit des Gerichts in Zukunft)
 - Kriterien „contra Befangenheit“ und zugehörige Argumente aus dem Material:
 - Demokratischer Usus (Treffen als Tradition, Notwendigkeit eines kooperativen Dialogs der Staatsorgane)
 - Distanz zu laufenden Verfahren (Abstrakte Erörterung des Themas Corona, Professionalität der Beteiligten)
- Werturteilskategorien z. B.: Staatsvertrauen vs. Staatsskepsis
- Betrachtungsebene: Politik
- Urteilsperspektive: SuS urteilen aus ihrer Sicht als Staatsbürger:innen

2. Beschreibung geeigneten Materials sowie passende Arbeitsaufträge

a) Einstieg

Benennt die Kontroverse hinter diesem Beitrag.



RESSORTS
SPORT
BÖRSE
WETTER
VIDEO
AUDIO
TV PROGRAMM
LIVE-TV

Sonntag, 6. April 2025 22

Verfassungsrichter im Kanzleramt
Abendessen sorgt für Befangenheitsvorwürfe

27.09.2021, 15:10 Uhr



Im Bundeskanzleramt kam eine prominent besetzte Runde zusammen, um über die Corona-Notbremse zu sprechen.
 (Foto: picture alliance/dpa)

Verfassungsrichter:innen nach Dinner mit Merkel – urteilen im Namen des Volkes oder der Regierung?

Aufgabe 1

Arbeite in Stichworten jeweils Argumente aus M1 heraus, die dafür bzw. dagegen sprechen, dass die Verfassungsrichter:innen in den genannten Fällen befangen sind.

Basisinformation: Das Bundesverfassungsgericht ist das höchste deutsche Gericht. Es prüft im Auftrag von Bürger:innen, Unternehmen oder staatlichen Instanzen, ob Regelungen gegen die Verfassung (das Grundgesetz) verstoßen.

M1: Das Bundesverfassungsgericht zu Gast im Bundeskanzleramt (beck-aktuell, 13.10.2021)

„Seit Monaten muss sich das Bundesverfassungsgericht gegen Vorwürfe zur Wehr setzen, die wegen eines gemeinsamen Abendessens mit Angela Merkel [...] erhoben werden. Kritiker bemängeln, dass hinter verschlossenen Türen womöglich auch über Themen gesprochen worden sein könnte, die auch anstehende Urteile des [Bundesverfassungsgerichts] zur [Corona-], Bundesnotbremse‘ oder zu einer AfD-Klage berühren und dass darunter die Neutralität der anwesenden Richter gelitten haben könnte.

[...] Zunächst stand die [Verfassungsrichterin] Doris König, in der Kritik. Sie hatte am gemeinsamen Dinner teilgenommen, obwohl sie kurze Zeit später mit über eine Klage der Bundes-AfD gegen Merkel zu entscheiden hatte. [...]

10 Zuletzt berichtete die Zeitung ‚WELT am Sonntag‘, dass sich nunmehr auch der Gerichtspräsident [...], Stephan Harbarth, sowie Richterin Susanne Baer im Zusammenhang mit einem anderen Verfahren zur ‚Bundesnotbremse‘ gegen Befangenheitsvorwürfe verteidigen müssen. [...] [D]ie Corona-Politik [sei] das zentrale Thema des Abends gewesen – trotz der laufenden Verfahren vor dem [Bundesverfassungsgericht]. [...]

15 [...] Michael Bertrams, ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen, sprach [...] über die Vorfälle. Er halte [den Befangenheitsvorwurf] für begründet, sagte er. Bei einem Befangenheitsantrag müsse die Befangenheit nicht tatsächlich nachgewiesen werden. Vielmehr reiche gemäß § 19 [Bundesverfassungsgerichtsgesetz] der ‚böse Schein‘, dass eine Richterin oder ein Richter in einem Verfahren befangen sei. Die besagten Gespräche im Bundes-

20 kanzleramt hätten allesamt hinter geschlossenen Türen stattgefunden. Dies sei Grund genug, [...] die Besorgnis zu wecken, die Themen seien eben nicht nur abstrakt erörtert worden, mit dem Ergebnis, dass das Gericht über die [offenen] Verfassungsbeschwerden womöglich nicht mehr objektiv werde entscheiden können. Seiner Ansicht nach hätte das Gericht die Einladung zum Essen unabhängig von den besprochenen Themen schon nicht annehmen dürfen. Dieses Verhalten

25 spreche für einen erschreckenden Mangel an richterlicher Zurückhaltung und Sensibilität.

[...] Das [Bundesverfassungsgericht] selbst verteidigt das Dinner auf seiner Internetseite als eine ‚seit vielen Jahren bestehende Tradition‘. [D]as Verhältnis der obersten Verfassungsorgane – auch jenseits der eigentlichen Ausübung ihrer jeweiligen Kompetenzen – sei auf gegenseitige Achtung, Rücksichtnahme und Kooperation angelegt [...]. Die regelmäßigen Treffen des

30 [Bundesverfassungsgerichts] mit der Bundesregierung zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch seien im Sinne eines ‚Dialogs der Staatsorgane‘ Ausdruck dieses [gegenseitigen Respekts der Verfassungsorgane]. [...] [Die bei dem Treffen besprochenen Themen] beträfen abstrakte und zeitlose Fragestellungen [...]. Die Themen hätten sich ohne konkreten Bezug zu [offenen Gerichtsverfahren] erörtern lassen.

35 Harbarth sah sich schon vor seiner Ernennung zum Gerichtspräsidenten Vorwürfen wegen fehlender Unabhängigkeit ausgesetzt. Er saß über mehrere Legislaturperioden für die CDU im Bundestag. Somit urteilt er nun in seiner Funktion als Richter auch über Gesetze, die er selbst mit auf den Weg gebracht hat. Harbarth selbst sieht keinen Konflikt [...]. ‚Der Gesetzgeber hat sich bewusst dafür entschieden, dass auch Politiker an das Bundesverfassungsgericht berufen werden

40 können‘, sagte er der ‚Augsburger Allgemeinen‘ vor seiner Ernennung. [...]

Aus: Unbek. Verf. (2021, 13.10.): Das Bundesverfassungsgericht zu Gast im Bundeskanzleramt, in: Beck aktuell, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/das-bundesverfassungsgericht-zu-gast-im-bundeskanzleramt> (letzter Zugriff: 06.04.2025).

3. Gutes SuS-Urteil (Differenzierung + Reflexion)

Im Jahr 2021 diskutierte die deutsche Öffentlichkeit über ein gemeinsames Abendessen von Teilen der Bundesregierung und des Bundesverfassungsgerichts. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Gerichtspräsident Stephan Harbarth nahmen daran teil. Besonders kritisiert wird daran, dass das Gericht kurz darauf zur „Corona-Notbremse“ und damit zu einer Entscheidung der Bundesregierung urteilen sollte. Im Raum steht die Frage, ob das Gericht diese Urteile nach dem Abendessen noch neutral fällen kann oder ob es befangen ist.

Kritiker des Treffens sehen es als problematisch an, dass das Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden habe (Z. 3). Dass das Treffen wegen seiner Form als Abendessen einen besonders privaten, geselligen Charakter gehabt haben könnte, verstärkt den fehlenden offiziellen Charakter weiter. Hätte die Presse Zugang gehabt, hätte sie den Termin immerhin kritisch begleiten können. So aber fehlt es an Kontrolle.

Diese fehlende Kontrolle wird besonders kritisch gesehen, weil es nach Berichten vor allem um die Coronapolitik gegangen sei (Z. 13) – also um genau das Thema, wegen dem die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht verklagt wurde. Hinzu kam noch, dass auch ausgerechnet die Richterin teilgenommen habe, die bald darauf über eine andere Klage der AfD gegen Merkel entscheiden sollte (Z. 9). Dem ehemaligen Verfassungsrichter Michael Bertrams zufolge reiche der durch die Umstände ausgelöste Verdacht für die Befangenheit schon aus (Z. 16-24). Er kritisiert den „Mangel an richterlicher Zurückhaltung“ (Z. 25). Der angesprochene Verdacht kann noch verstärkt werden, weil der Verfassungsgerichtspräsident Stephan Harbarth früher Bundestagsabgeordneter der Partei war, die heute die Bundesregierung anführt (Z. 35-37).

Dagegen, dass das ein Problem ist, spricht, dass es erlaubt ist als früherer Politiker Verfassungsrichter zu werden (38-40). So sieht es jedenfalls Harbarth selbst. Auch das Treffen stuft das Bundesverfassungsgericht als unkritisch ein. Dort hält man das Treffen für die Pflege der demokratischen Tradition eines respektvollen Austausches zwischen den Verfassungsorganen (hier Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht, Z. 26-32). Außerdem seien die Gesprächsthemen nur allgemein besprochen worden, ohne Bezug zu den Klagen gegen die Bundesregierung (Z. 33-34).

Auch wenn ich verstehen kann, dass Verfassungsorgane in einer Demokratie ein respektvolles Verhältnis zueinander pflegen und sich manchmal dafür auch begegnen, halte ich das von dem Juristen Bertrams vorgetragene Argument für am wichtigsten. Gerade in Zeiten, in denen viele dem Staat vorwerfen, dass er keine Demokratie mehr sei, ist es wichtig, daran keine Zweifel aufkommen zu lassen. Die Gewaltenteilung muss deshalb bestmöglich eingehalten werden. Die Richterinnen und Richter sind zwar Profis, was auch bedeutet, dass sie sich wahrscheinlich an dem Abend korrekt verhalten haben. Aber gerade weil sie Profis sind, hätten sie die Kritik, die ihr Verhalten auslöst, vorausahnen müssen. Ich vertraue ihnen und dem Staat zwar grundsätzlich und glaube, dass die meisten Menschen dort ordentlich und fair arbeiten. Trotzdem sind mir die Werte der Disziplin, Neutralität und Transparenz in unserem Rechtsstaat wichtiger als mein Staatsvertrauen. Denn es geht bei dieser Frage, wie ich bereits angedeutet habe, weniger darum, wie ich persönlich darauf reagiere. Die demokratischen Akteure müssen ihre Zweifler (z. B. die AfD, deren Klage gegen die Regierung betroffen sein könnte) und Gegner „mitdenken“. Für diese ist der Vorfall leider ein Anlass, sich bestätigt zu sehen. So etwas darf nicht passieren. Das von der Öffentlichkeit wahrgenommene Restrisiko, dass die Richter nun doch etwas regierungsfreundlicher urteilen, richtet großen Schaden an. Aus den genannten Gründen bin ich der Meinung, dass die teilnehmenden Richterinnen und Richter nach dem Vorfall für einige Zeit bei Klagen gegen die Bundesregierung als befangen eingestuft werden sollten.